

A decorative graphic consisting of a grid of dots in various shades of gray and red, arranged in a pattern that suggests a map of South Korea.

## (Noch) kein Politikwechsel in Südkorea

### Knapper Wahlsieg für Regierungspartei bei Parlamentswahlen

CHRISTOPH POHLMANN

April 2012

- Bei den Parlamentswahlen in Südkorea am 11. April 2012 hat die konservative Regierungspartei *New Frontier Party* (NFP, *Saenuridang*) einen knappen Wahlsieg errungen und stellt mit 152 von 300 Abgeordneten die Mehrheit in der neu gewählten koreanischen Nationalversammlung.
- Der Wahlsieg der Regierungspartei kommt insofern überraschend, als die Unzufriedenheit der koreanischen Bevölkerung mit der Regierung um Präsident Lee Myung-Bak seit Jahren sehr groß ist. Innerparteiliche Reformbemühungen unter Führung der Parteivorsitzenden Park Geun-Hye aufseiten der regierenden *New Frontier Party* sowie eine von Managementfehlern sowie internen Streitigkeiten geprägte Wahlkampagne der Oppositionsallianz trugen jedoch zu einem Wechsel in der Wählerstimmung bei.
- Der Wahlkampf verlief inhaltlich enttäuschend und auf relativ niedrigem Niveau. Die Parteien ließen ausformulierte Politikentwürfe vermissen, die auf die Aspirationen gerade jüngerer Koreaner hinsichtlich sozialer Absicherung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mehr Lebensqualität in ausreichender Weise eingingen.
- Im Dezember 2012 finden Präsidentschaftswahlen in Südkorea statt, die für die politische Richtung der kommenden Jahre eine größere Bedeutung als die Parlamentswahlen haben werden. Hier ist nach wie vor alles offen, wobei Frau Park Geun-Hye ihre Favoritenrolle zumindest im konservativen Lager gestärkt hat.



## Das Wahlergebnis

Bei den Parlamentswahlen in Südkorea am 11. April 2012 hat die konservative Regierungspartei *New Frontier Party* (NFP, *Saenuridang*) einen knappen Wahlsieg errungen und stellt mit 152 von 300 Abgeordneten die Mehrheit in der neu gewählten koreanischen Nationalversammlung. Die liberal-progressive Opposition, eine Allianz aus der liberalen *Democratic Unified Party* (DUP) als größter Oppositionspartei und der progressiven *United Progressive Party* (UPP) konnte zwar ihren Stimmenanteil deutlich steigern, muss sich aber mit zusammen 140 Sitzen im Parlament begnügen. Die Wahlbeteiligung lag bei 54,3 Prozent und damit um 7,5 Prozentpunkte über der Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen vor vier Jahren (46,8 Prozent). Die Wahl wurde von innenpolitischen Themen dominiert. Die aktuellen Spannungen auf der koreanischen Halbinsel durch den nordkoreanischen Satellitenstart/Raketentest spielten nur eine untergeordnete Rolle.

Der Wahlsieg der Regierungspartei kommt insofern überraschend, als die Unzufriedenheit der koreanischen Bevölkerung mit der Regierung um Präsident Lee Myung-Bak seit Jahren sehr groß ist. Noch vor wenigen Monaten sah es nach einem klaren Wahlsieg der Opposition aus. Innerparteiliche Reformbemühungen unter Führung der Parteivorsitzenden Park Geun-Hye aufseiten der regierenden *Saenuridang* sowie eine von Managementfehlern sowie internen Streitigkeiten geprägte Wahlkampagne der Oppositionsallianz trugen jedoch zu einem Wechsel in der Wählerstimmung bei.

In diesem Jahr wurden die Parlamentswahlen in Südkorea auch deshalb besonders beachtet, weil im Dezember 2012 Präsidentschaftswahlen folgen werden, die ange-

sichts der Machtfülle des Präsidenten im zentralistischen koreanischen Regierungssystem eine größere Bedeutung als die Parlamentswahlen besitzen. Der knappe Sieg der Regierungspartei bei den Parlamentswahlen stellt zwar noch keine Vorentscheidung dar, aber doch einen Schub, vor allem für die Präsidentschaftsambitionen von Frau Park Guen-Hye.

Betrachtet man das Wahlergebnis genauer, fallen große regionale Unterschiede sowie eine hohe Diskrepanz im Wahlverhalten nach Altersgruppen auf. So ist es dem Mitte-Links-Wahlbündnis aus DUP und UPP mit ihrer Kritik an der Regierung Lee Myung-Bak gelungen, mit der Hauptstadt Seoul und der angrenzenden Gyeonggi-Provinz die politisch und wirtschaftlich wichtigste Leitregion des Landes mehrheitlich für sich zu gewinnen. Gleichzeitig muss sich die Opposition jedoch vorwerfen lassen, sich im Wahlkampf nicht ausreichend um Regionen mit besonders vielen Wechselwählern gekümmert zu haben. Dies betrifft vor allem die Provinzen Gangwon und Nord-Chungcheon. Im Süden des Landes spielen weiterhin die regional unterschiedlichen Dynamiken zwischen den beiden Gyeongsang-Provinzen im Südosten und der Jeolla-Provinz im Südwesten eine wahlbestimmende Rolle. Die südöstliche Region wählt traditionell konservativ, während Mitte-Links-Parteien im Südwesten dominieren. Gerade die überdurchschnittliche Wahlbeteiligung im konservativen Südosten spricht dafür, dass die Regierungspartei die konservativen Wähler dort besonders gut mobilisieren konnte, um eine Mehrheit für die Opposition zu verhindern.

Hinsichtlich des Wahlverhaltens ist – wie auch bei vergangenen Wahlen – eine gewisse »Spaltung der Generationen« sichtbar. Während die Generationen ab 50

### Vergleich der Sitzverteilung 2008 und 2012

|                                       | Wahlergebnis 2012 | Sitzverteilung vor den Parlamentswahlen 2012 | Wahlergebnis 2008 |
|---------------------------------------|-------------------|----------------------------------------------|-------------------|
| <b>New Frontier Party (NFP)</b>       | 152 (25)          | 162                                          | 153               |
| <b>Democratic Unified Party (DUP)</b> | 127 (21)          | 80                                           | 81                |
| <b>United Progressive Party (UPP)</b> | 13 (6)            | 7                                            | 5                 |
| <b>Liberty Forward Party (LFP)</b>    | 5 (2)             | 14                                           | 18                |
| <b>Unabhängige/Sonstige</b>           | 3                 | 27                                           | 42                |

Werte in Klammern geben die über die Liste vergebenen Sitze wieder. Im koreanischen Wahlsystem werden nur 54 Parlamentssitze über die Wahlliste gemäß den Stimmenanteilen der Parteien vergeben, ansonsten gilt das Mehrheitswahlsystem. Die Veränderungen in der Sitzverteilung in der zweiten Spalte erklären sich durch Fraktionswechsel einzelner Abgeordneter sowie Nachwahlen in einigen Wahlbezirken.

mehrheitlich konservativ wählen, bevorzugen die jüngeren Generationen das liberal-progressive Lager. Der Regierungspartei ist es offensichtlich besser gelungen, ihre Wählerklientel zu mobilisieren, während die Opposition es nicht vermochte, die Wahlbeteiligung jüngerer Wähler in ausreichender Form zu erhöhen und darüber hinaus Wechselwähler der Mitte für sich zu gewinnen.

### Erklärungsfaktoren: Erneuerung der Regierungspartei überzeugt stärker als Wahlkampf der Opposition

Noch vor wenigen Monaten konnten die Aussichten der oppositionellen *Democratic Unified Party*, gemeinsam mit der *United Progressive Party* die Parlamentswahlen zu gewinnen, besser nicht sein. Die Unzufriedenheit mit der Regierung Lee Myung-Bak war vor allem angesichts ausbleibender Fortschritte in der sozio-ökonomischen Situation der Bevölkerung hoch. Hinzu kam der Wahlsieg des Oppositionskandidaten Park Won-Soon, einem damals nicht parteilich gebundenen zivilgesellschaftlichen Aktivisten, bei der Nachwahl zum Bürgermeister von Seoul im Oktober 2011. In den Folgemonaten drohte die Spaltung der Regierungspartei, die damals noch *Grand National Party* hieß, in einen Flügel um Präsident Lee Myung-Bak und ein Lager um Frau Park Geun-Hye, die sich beide seit Jahren in politischer Rivalität und persönlicher Abneigung gegenüberstehen. Wie bereits einmal in einer ähnlichen Situation im Jahr 2004 ist es Park Geun-Hye jedoch gelungen, die Partei unter hohem persönlichen Einsatz und Risiko inhaltlich und personell neu aufzustellen. Die pro-Lee-Myung-Bak-Fraktion wurde deutlich geschwächt, und Park Geun-Hye versuchte, der Partei ein freundlicheres Antlitz zu verleihen. Mit noch vor Kurzem undenkbaaren und von der Regierung als populistisch gebrandmarkten Wahlversprechen im Wohlfahrts- und Bildungsbereich versuchte Park Geun-Hye, die Partei stärker in die Mitte zu rücken und auf die Sorgen und Nöte großer Teile der Bevölkerung einzugehen. Das Lager um Lee Myung-Bak akzeptierte diesen partiellen Politikwechsel widerstrebend, um einen Wahlsieg der Opposition zu vermeiden. Auch wenn de facto zweifelhaft sein dürfte, dass sich die Politik der Regierungspartei wirklich stark ändern wird, haben diese Maßnahmen – inklusive des Wechsels des Parteinamens – offensichtlich bei bestimmten Wählergruppen ihre Wirkung hinterlassen.

Die oppositionelle Allianz aus *Democratic Unified Party* und *United Progressive Party* muss sich dagegen vorwerfen lassen, ihren deutlichen Vorsprung in der Wählergunst leichtfertig verspielt zu haben. Dabei gab es gerade aufseiten der *Democratic Unified Party*, ehemals der *Democratic Party*, zunächst recht vielversprechende Reformansätze, sowohl organisatorisch-strukturell als auch inhaltlich. So wurden mehr als bei allen anderen Parteien die Beteiligungsmöglichkeiten für Nicht-Parteimitglieder erhöht, viele externe Kandidaten für Abgeordnetenmandate zugelassen und neue Wahlverfahren auch für Nicht-Parteimitglieder erprobt, insbesondere Abstimmungen mit dem Handy. An den internen Nominierungswahlen für den Parteivorstand Ende Januar 2010 nahmen fast 700.000 Menschen teil, davon die meisten Nicht-Parteimitglieder. Der neu gewählten Parteivorsitzenden der DUP, der ehemaligen Premierministerin Han Myeong-Sook, ist es im direkten Vergleich der beiden »starken Frauen« der koreanischen Politik aber nicht gelungen, die DUP so stark zu erneuern wie Park Geun-Hye auf konservativer Seite. Parteiinterne Rivalitäten zwischen nun marginalisierten liberal-konservativen Anhängern des ehemaligen Präsidenten Kim Dae-Jung und nun in den Vordergrund drängenden Anhängern seines Nachfolgers im Präsidentenamt, Roh Moo-Hyun, sowie Schwierigkeiten in der Allianzbildung mit der UPP sorgten dafür, dass die Opposition sich nicht ausreichend darauf konzentrierte, inhaltlich überzeugende Botschaften des Wandels zu formulieren. Dadurch konnte sich die erneuerte *Saen-uridang* ebenfalls als neue Kraft und Kritikerin des Regierungskurses präsentieren, auch wenn sie de facto entscheidend mitverantwortlich ist für die Regierungspolitik der Administration Lee Myung-Bak. Letztlich hat es die Opposition weder in ausreichender Form verstanden, eine überzeugende alternative Vision für die Zukunft des Landes zu formulieren, die vor allem jüngere Wähler anspricht, noch die Wechselwähler der Mitte mehrheitlich für sich zu gewinnen. Zu Letzterem trug stark bei, dass die DUP sich von der UPP zu populistischer Kritik am im Dezember gegen den Widerstand der Opposition im Parlament verabschiedeten Freihandelsabkommen hinreißen ließ, obwohl sie einst selbst in der Vorgängerregierung das Abkommen auf den Weg gebracht hatte. Auch ein Skandal um einen Kandidaten der DUP, der als Co-Gastgeber einer regierungskritischen Talkshow bekannt geworden ist, ließ Wähler der Mitte an der Seriosität und Verlässlichkeit der DUP zweifeln.

## Wahlkampf dürfte Vertrauenskrise in das politische System vertiefen

Die oben genannten Erklärungsfaktoren, die sich im Wesentlichen auf die Performanz der beiden großen Parteien im Wahlkampf beziehen, können jedoch das Wahlergebnis nicht ausreichend erklären. Vielmehr werden sie erst wirksam im Kontext einer grundsätzlichen Vertrauenskrise großer Teile der südkoreanischen Bevölkerung in das politische System des Landes, vor allem auch in die politischen Parteien. Gerade der DUP als größter Oppositionspartei ist es nicht in ausreichender Weise gelungen, durch substanzielle Politik und Wahlversprechen des Wandels nicht nur von der Unzufriedenheit mit der Regierung zu profitieren, sondern sich auch als Kraft der Erneuerung zu profilieren.

Dabei waren die Voraussetzungen auch in dieser Hinsicht günstig. Schließlich findet in Korea seit etwa drei Jahren eine angeregte Debatte über das aktuelle und zukünftige Wirtschafts-, Entwicklungs- und Sozialmodell des Landes statt. Ursache hierfür ist zum einen der steigende Grad der Prekarisierung und der sozialen Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen, maßgeblich ausgelöst durch die neoliberalen Reformen seit der Asienkrise 1997/98. Hinzu kommt, dass die jüngeren Generationen unter 50 nicht mehr länger bereit sind, ihr gesamtes Leben in den Dienst der koreanischen Wirtschaft – vor allem der Großunternehmen – zu stellen, zumal die breite Masse der Bevölkerung immer weniger vom nach wie vor stetigen Wirtschaftswachstum profitiert. So fordert ein immer größerer Teil der Bevölkerung ein höheres Maß an sozialer Absicherung, das aktuell unter dem OECD-Durchschnitt liegt und deutlich hinter westeuropäischem Niveau zurückbleibt. Dazu kommen die hohen privaten Bildungsausgaben – die Studiengebühren sind beispielsweise die zweithöchsten im OECD-Raum nach den USA bei viel geringerem Pro-Kopf-Einkommen –, zumal Bildungserfolg längst nicht mehr automatisch zu einem abgesicherten Arbeitsverhältnis führt. Gerade junge Frauen leiden darüber hinaus unter mangelnder Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch völlig unzureichende Kinderbetreuungsangebote, und immer mehr jüngere Menschen sind nicht mehr bereit, sich mit den starren gesellschaftlichen Normen des Zusammenlebens abzufinden. Krisensymptome sind die sehr niedrige Geburtenrate von 1,2 Kindern pro Frau, die hohe Suizidrate sowie regelmäßig schlechte Werte bei globalen »Happiness«-Indizes.

All diese Entwicklungen und gesellschaftlichen Stimmungslagen erzeugten in den letzten Jahren interessante gesellschaftspolitische Debatten, die einen entsprechend substanziell geführten Wahlkampf verdient gehabt hätten. Stattdessen beließen es die Parteien bei relativ vagen Versprechen zum Ausbau des Wohlfahrtsstaats, ohne ausreichende Antworten zur Finanzierung der sozialen Verbesserungen zu geben. Mit zunehmender Dauer degenerierte der Wahlkampf schließlich in die für Korea übliche Schlammschlacht um wechselseitige Skandale und personalisierte Angriffe, derer die Mehrheit der Wähler längst überdrüssig ist. Gleichwohl muss sich das Wahlvolk vorwerfen lassen, dass es nach wie vor auf die Skandalisierung des Wahlkampfes seitens der Parteien reagiert hat.

»Wie wollen wir leben?« und »Was ist eine gute Gesellschaft?« – das waren die Themen, die die Nation in den letzten Jahren bewegten, sowohl in sozio-ökonomischer als auch gesellschaftspolitischer Hinsicht, z. B. mit Blick auf das Verhältnis zwischen den Geschlechtern und die Frage gesellschaftlich akzeptierter Lebensmodelle angesichts des Wertewandels zwischen den Generationen. Keiner der Parteien ist es gelungen, darauf eine überzeugende Antwort zu finden und einen entsprechenden Wahlkampf zu führen, wie auch der knappe Ausgang des Wahlergebnisses zeigt. Das Wahlergebnis weist im Übrigen auf die nach wie vor bestehende Polarisierung der koreanischen Gesellschaft hin. 25 Jahre nach der erkämpften Demokratisierung hat sich die südkoreanische Demokratie zwar konsolidiert, bisher ist es jedoch nicht gelungen, einen starken Parlamentarismus zu etablieren, getragen von institutionalisierten, programmatisch starken Parteien, die noch dazu in der Fläche organisatorisch gut vertreten wären.

## Ausblick: Kein Politikwechsel zu erwarten, Präsidentschaftswahlen völlig offen

Angeichts des knappen Wahlsieges der Regierungspartei ist zumindest bis zu den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2012 kein grundlegender Politikwechsel in Südkorea zu erwarten. Ohnehin ist das Parlament im koreanischen Regierungssystem institutionell so schwach, dass von ihm kaum initiative Impulse ausgehen. Allerdings dürfte die Regierung nicht umhin kommen, einige Wahlversprechen der *New Frontier Party* umzusetzen. Dies wird aller Voraussicht nach vor allem den graduellen Ausbau des Wohlfahrtsstaates, die Reduzierung der



Studiengebühren sowie einige Regulierungen der koreanischen Großkonglomerate (*chaebol*) wie Samsung, Hyundai und LG betreffen, um die Wettbewerbssituation für kleine und mittlere Unternehmen zu verbessern. Hier könnte es wie in der Vergangenheit durchaus zu Spannungen zwischen der Mehrheit der NFP-Fraktion im Parlament, die nun von Anhängern der Parteivorsitzenden Park Geun-Hye dominiert ist, und der Regierung kommen. Es ist aber davon auszugehen, dass Präsident Lee Myung-Bak versuchen wird, sich mit seiner Rivalin zu arrangieren, um die Wahl eines konservativen Kandidaten in das Präsidentenamt zu ermöglichen (in Südkorea kann ein Präsident nicht wiedergewählt werden, die Amtszeit endet nach fünf Jahren).

Hinsichtlich der Präsidentschaftswahlen hat Frau Park Geun-Hye mit der erfolgreichen Wahlkampfstrategie und der partiellen Erneuerung der *Saenuridang* ihre Position als aussichtsreichste Kandidatin innerhalb des konservativen Lagers gestärkt. 2007 hatte sie bereits knapp die internen Vorwahlen gegen Lee Myung-Bak verloren, nun will sie endgültig in die Fußstapfen ihres Vaters, des 1961 durch einen Militärcoup an die Macht gekommenen Präsidenten und Diktators Park Chung-Hee, treten. Dabei profitiert sie bei den älteren Generationen und dem konservativen Teil der Bevölkerung von der Nostalgie um ihren Vater, der als Begründer des koreanischen Wirtschaftswunders mit stetigem sozialen Aufstieg gilt und außerdem eine Symbolfigur des Antikommunismus darstellt. Gleichzeitig hat Frau Park es bisher erfolgreich geschafft, die NFP vor allem im sozialpolitischen Bereich stärker in die Mitte zu rücken und so Wechselwähler und Frauen anzusprechen, die keine feste Parteienpräferenz haben. Ihre Gegner im liberal-progressiven Spektrum werfen Frau Park dagegen vor, dass sie sich nie ausreichend für die Menschenrechtsverletzungen der Militärdiktatur ihres Vaters entschuldigt habe und im Übrigen enge Verbindungen zu ultrakonservativen Kräften in Wirtschaft und Politik unterhalte, die letztlich antidemokratisch seien. Sie sehen bei ihrer Wahl die Gefahr von Rückschritten in der demokratischen Entwicklung Koreas, die noch über die Einschränkungen der Bürgerrechte – vor allem der Meinungs- und Pressefreiheit – hinausgehen könnte, für die die aktuelle konservative Regierung unter Lee Myung-Bak verantwortlich ist.

Auf Seiten der Opposition ist die Lage hinsichtlich möglicher Präsidentschaftskandidaten diffuser. Auch angesichts der beschriebenen Parteienverdrossenheit und

mit Blick auf das enttäuschende Wahlergebnis der Oppositionsallianz sind die Chancen gestiegen, dass wie bei der Bürgermeisterwahl in Seoul ein unabhängiger Kandidat von außen mit Unterstützung der Opposition kandidiert. Hier ist der parteipolitisch unabhängige Ahn Cheol-Soo zu nennen, ein 49 Jahre alter erfolgreicher Software-Unternehmer, Arzt und Wissenschaftler, der die Sorgen und Nöte der jüngeren Koreaner anspricht und mit Tausenden von ihnen auf landesweit organisierten sogenannten »Youth Concerts« diskutiert. Auch ist er sehr aktiv in den von jungen Menschen überwiegend für den politischen Diskurs genutzten sozialen Netzwerken. Ahn verkörpert als sozial verantwortlicher Unternehmer, Technik-Freak und erfolgreicher Wissenschaftler an der besten Universität des Landes, der *Seoul National University*, die Ideale und Aspirationen der jungen Menschen im Land. Gleichzeitig setzt er sich aufgrund seiner Authentizität und seines als ehrlich empfundenen Interesses für konkrete soziale und wirtschaftliche Missstände innerhalb der koreanischen Gesellschaft von den überwiegend machttaktisch agierenden etablierten Parteien und Politikern ab. Seine politischen Überzeugungen bleiben zwar bisher recht ungenau, er scheint aber dem liberalen Lager zuzuneigen. In Wahlumfragen zur Präsidentschaftswahl würde er Park Geun-Hye derzeit besiegen. Ahn selbst hat bisher jedoch weder seine Kandidatur noch eine mögliche politische Assoziierung erklärt. Sollte Ahn Cheol-Soo sich zu einer Kandidatur entschließen, müsste er in verschiedenen Politikbereichen Farbe bekennen und mehr bieten als eine interessante Vita und Charisma. Ansonsten bliebe er zu angreifbar und dürfte für viele moderate Konservative kaum wählbar sein.

Aussichtsreichster Kandidat aus den Reihen der DUP ist derzeit Moon Jae-In, ein enger Weggefährte des früheren Präsidenten Roh Moo-Hyun, der sich im Jahr 2009 wegen eines nicht aufgeklärten Korruptionsskandals das Leben genommen hatte. Moon hat bei den Parlamentswahlen zum ersten Mal kandidiert und überzeugend seinen Wahlkreis im eigentlich konservativ dominierten Busan gewonnen. Er sieht sich als Sachverwalter des liberal-progressiven Erbes von Roh Moo-Hyun und ist innerhalb kurzer Zeit von einer Nebenfigur des öffentlichen Geschehens zu einem der wichtigsten Politiker der Opposition avanciert. Der Anwalt war maßgeblich am Zustandekommen der Allianz zwischen DUP und UPP beteiligt und gilt als integrierter und besonnener Mensch – angesichts der von Korruptionsskandalen



geprägten politischen Kultur Südkoreas ein großer Vorteil. Moon wird aber zeigen müssen, dass er mehr ist als nur ein Wiedergänger von Roh Moo-Hyun, wenn er eine Chance gegen Park Geun-Hye haben will.

Insgesamt gilt, dass die koreanische Innenpolitik äußerst volatil ist, wie auch der Parlamentswahlkampf wieder gezeigt hat. Dies macht verlässliche Prognosen für die Präsidentschaftswahlen schwierig. Der knappe Ausgang der Parlamentswahlen zeigt, dass sowohl das konservative als auch das liberal-progressive Lager die Chance hat, die Präsidentschaftswahl im Dezember 2012 zu gewinnen. Die Präsidentschaftswahlen werden zeigen, ob die Mehrheit der südkoreanischen Wähler sich für Kontinuität und allenfalls graduelle Reform oder die Möglichkeit eines tiefer greifenden Politikwechsels entscheidet.



### Über den Autor

**Christoph Pohlmann** ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Seoul.

### Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Asien- und Pazifik  
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Jürgen Stetten, Leiter, Referat Asien- und Pazifik

Tel.: ++49-30-269-35-7505 | Fax: ++49-30-269-35-9211  
<http://www.fes.de/asien>

Bestellungen/Kontakt:  
[Almut.Weiler@fes.de](mailto:Almut.Weiler@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-116-6